



MARCHIVUM

MANNHEIMS ARCHIV
HAUS DER STADTGESCHICHTE
UND ERINNERUNG



MARCHIVUM Druckschriften digital

Neue Mannheimer Zeitung. 1924-1943 142 (1931)

534 (17.11.1931) Abendblatt

[urn:nbn:de:bsz:mh40-361231](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:bsz:mh40-361231)

Neue Mannheimer Zeitung

Einzelpreis 10 Pf.

Besondere Durch-Zähler frei Haus monatlich RM 2.—, in einem Geschäftsjahre abgeholt RM 23.—, durch die Post RM 2.—, jährlich Subskriptionspreis. — Adressen: Wollschloßstraße 4, Hauptpoststraße 43, Schweringstraße 19/20, Weststraße 13, 50, Friedrichstraße 4, Fo. Hauptstraße 66, W. Capener Straße 2, So. Kaiserstraße 1. — Erscheinungstermine wöchentlich 12 mal.

Mannheimer General-Anzeiger

Verlag, Redaktion und Hauptgeschäftsstelle: R. 1, 4-6. — Fernsprecher: Sammelnummer 249 24. Postfach-Konto: Karlsstraße Nummer 173 90. — Telegramm-Adresse: Romagel Mannheim

Abend-Ausgabe

Dienstag, 17. November 1931

142. Jahrgang — Nr. 534

Wichtige Rede des Reichsinnen- und Wehrministers

Sehr beachtenswerte Ausführungen des Ministers Groener auf der Berliner Konferenz der Innenminister der Länder

Für geraden gerechten Kurs

Telegraphische Meldung
— Berlin, 17. Nov.

Unter dem Vorsitz des Reichsministers Dr. Brüning begann heute vormittag um 11 Uhr die Konferenz der Innenminister im Reichsministerium des Innern. Die Innenminister der Länder waren persönlich erschienen. Reichsminister Dr. Brüning eröffnete die Verhandlungen mit einer einleitenden Rede, in der er u. a. folgendes aussprach:

„Nach der guten Gesinnung dieses Hauses habe ich die Absicht, mich heute meinem Amtsantritt übergeben, um mit Ihnen die Führung zu übernehmen und die innere Zusammenarbeit zu fördern, die sowohl im Interesse des Reiches als auch einzelner Länder notwendig ist.“

Der Reichsminister des Innern hat auf politisch-ökonomische Bereiche keine feste Stellung. Vollziehbarkeit und politische Exekutiv liegen bei den Ländern, in der Öffentlichkeit wird meist der Reichsminister verantwortlich gemacht. Vor einigen Tagen habe ich im Reichstag die Versicherung abgegeben, daß ich nicht beabsichtige, in die Zuständigkeit der Landesregierungen ohne Not einzugreifen.

Die Verteilung der Exekutiv auf die Länder gibt im weitestgehenden Maße die Möglichkeit, bei besonderen Verhältnissen in den einzelnen Ländern Rücksicht zu nehmen. Sie bewahrt und verleiht der Demokratie der politischen Funktionen, die unter Aufsicht der Exekutiv als erledigt zu sein. Dann mit jeder Maßnahme, die zur Sicherung der staatlichen Autorität ergreifen wird, muß auch ein Stück Vertrauen zum Staat gewonnen werden.

Das Vertrauen zum Staat ist dem Deutschen untrennbar verbunden mit dem Bewußtsein seiner engeren landmannschaftlichen Zugehörigkeit.

Soll die Trennung von Exekutive und Exekutiv unter Aufsicht fördern, dann muß sie allerdings mit einer engen, vertrauensvollen Zusammenarbeit von Reich und Ländern verbunden sein. Beim einzelnen Staatsbürger fallen Rechte und seine Anwendung zusammen. Von ihm kann man nur dann erwarten, daß er die Anweisung der Exekutive von einem einheitlichen Willen getragen sind.

Die schwersten Gefahren, von denen Reich und Länder gegenwärtig bedroht sind, erfordern die enge Zusammenarbeit und unerschütterliche Zusammenfassung der Willen von Reich und Ländern, umso mehr, je bedrohlicher die Entwicklung sich gestalten sollte.

Es gilt den Staat gegen alle Erschütterungen zu sichern und gewalttätige Auseinandersetzungen zwischen politischen Gegnern zu vermeiden. Die Mittel dazu ermahnen die Reichsregierungen des Herrn Reichspräsidenten.

Es geht nicht nur um den inneren Bestand des Staates und seiner Verfassung, sondern auch um die äußere Sicherheit in einem Augenblick, wo die allerhöchsten Entscheidungen auf dem Spiel stehen. Wir müssen dem Herrn Reichspräsidenten für die Führung der Außenpolitik den Rücken im Innern decken. Ohne diese Deckung ist jede Außenpolitik zum Scheitern verurteilt. Aber auch im Innern muß die Wirtschaftspolitik und die Politik der Arbeitsbeschaffung nur zu erfüllen, wenn es und nicht die Politik der Arbeitsbeschaffung der Wirtschaft zu überwinden und das schwindende Vertrauen zur Staatsführung wieder zu stärken. Reichlich durch politische Maßnahmen allein ist dies niemals zu erreichen, sie können nur den Weg ebnen für die wirtschaftspolitische Entwicklung der politischen Runden. Sollten politische Maßnahmen für die Wirtschaften empfunden werden, so vermehren sie die Unzufriedenheit und können zu einer ersten Gefahr für die öffentliche Ruhe und Ordnung werden.

Deshalb muß bei allen unseren Maßnahmen daran gedacht werden, daß Gerechtigkeit walten und ein gerader Kurs gehalten wird.

Zuletzt zu machen, halte ich für meine vornehmste Pflicht und ich bin bereit, daß die Landesregierungen auch mit mir einzeln gehen.

Reich und politische Betätigung ist niemandem im Deutschen Reich verwehrt. Die christliche und andere Zusammengehörigkeit mit dem politischen Gegner ist nicht unterbunden. Wer immer mit

Pariser Blätter zu den hessischen Wahlen

— Paris, 17. Nov.

In den hessischen Wahlen schreibt der „Avenir“, der damit die Einstellung fast der gesamten französischen Presse der Mittel- und Rechtsparteien wiederholt:

Dieses Ergebnis bestätigt die vorausgegangenen Ergebnisse und berechtigt uns, immer wieder daran zu erinnern, daß die nationalsozialistische Welle in Deutschland ganz allgemein ist, und daß sie ihre endgültige Bekämpfung bei den Wahlen zum Reichstagen im Herbst erfordert wird und daß wir bei unseren Verhandlungen mit Brüning stets daran denken müssen.

„L'Espresso“ schreibt: „Zunehmend wird das Zentrum veranlaßt, sich mit den Nationalisten zu verständigen. Darin liegt die hauptsächlichste Bedeutung der hessischen Wahlen, weil diese gewissermaßen die Generatprobe der Ereignisse darstellen, die früher oder später in Deutschland abgeschlossen werden. Entweder verständigen sich die Nationalisten mit den Nationalsozialisten oder sie werden von ihnen beherrscht

Wiederholt am Wiederantritt bereit ist, soll ohne parteipolitische Vorurteile dazu willkommen sein. Die Staatsführung darf sich nicht von Erwägungen der Parteipolitik leiten lassen; es geht nur um ein Ziel der Staatspolitik: die Erhaltung und den Wiederbau des Reiches. Wer sich allerdings diesem Ziele mit den Mitteln der Gewalt oder mit den Mitteln der Verführung und Verleumdung der Staatsorgane entgegenstellt, gegen den soll von denjenigen Maßnahmen Gebrauch gemacht werden, die durch die Verordnungen des Herrn Reichspräsidenten zur Verfügung gestellt sind.“

Als Sie, meine Herren, sich unter meinem verehrten Herrn Amtsvorgänger am 28. September 1931 zum letztenmal hier versammelt haben, sind von Ihnen eine Reihe von Wünschen in der Richtung einer weiteren Ausgestaltung der bis dahin erlassenen Ausnahmeverordnungen vorgebracht worden. Nach den bekannten Bräuninger Vorlesungen ist in der Öffentlichkeit sehr lebhaft das Verlangen nach einem Bericht von reichswegen erhoben worden. Ich habe dies zunächst abgelehnt, weil ich es bei der Initiative der Länder überlassen wollte. In der Tat hat inzwischen die überaus große Anzahl der Landesregierungen, insbesondere Preußen, ein allgemeines Verlangen, um Ausnahmeverordnungen zu erlassen. Es wird sich aus unserer Behandlung ergeben, ob noch Maßnahmen von reichswegen erforderlich sind.

Im übrigen dürfen wir mit den nunmehr vorliegenden Verordnungen des Reichspräsidenten vom 28. März, 17. Juni, 10. August und 6. Oktober 1931 im wesentlichen alle Maßnahmen getroffen sein. Ob weitere Ergänzungen notwendig sind oder ob es nicht vielmehr angeht, erachtet, nunmehr zunächst die Wirkung der bestehenden Verordnungen abzuwarten, kann dem Ergebnis der heutigen Aussprache überlassen bleiben.

Es ist mir in diese einzutreten, möchte ich in diesem Zusammenhang

Ihre Aufmerksamkeit auf einige Ereignisse richten, gegenüber denen wir ein schärferes Augenmerk unbedingt erforderlich erscheint. Das sind in erster Linie die Terrorakte, Morde, und andere Gewalttätigkeiten an politischen Gegnern, die als erschreckend gehalten haben und zu einer Aufrechterhaltung für Deutschland geworden sind.

Es ist dringend erforderlich, daß Polizei- und Justizbehörden alles tun, um weitere solche Terrorakte zu verhindern oder wo dies nicht möglich ist, der Täter habhaft zu werden und sie einer zurechnung und deren Bestrafung zuzuführen. Hier muß mit aller Energie vorgegangen werden. Wir müssen in unserer heutigen Rede Maßnahmen erörtern, durch welche dieser Wortschatz entgegengegriffen werden kann, und ich bitte die Herren Kollegen, sich zu diesem Punkte zu äußern. Es wird den Herren aus der Presse bekannt sein, daß sich die Nationalsozialisten wegen der Morde, die in der letzten Zeit besonders gegen Sozialisten begangen worden sind, an den Herrn Reichspräsidenten gewandt haben, und

der Herr Reichspräsident hat mich gebeten, diesen Überfällen und politischen Mordtaten meine besondere Aufmerksamkeit zuwenden. Ich darf diese Bitte an Sie weitergeben.

Außerdem habe ich gestern von Herrn Hitler umfangreiches Material darüber erhalten, das ich

werden. Aus diesem Dilemma gibt es keinen Ausweg, weder für Hessen noch für Deutschland in seiner Gesamtheit.

„La République“ erklärt, und zwar als bisher einziges Blatt, wir haben unseren Nationalisten voranzugehen, daß eine neue Hysterie in Deutschland eintrifft würde. Wir müssen aber fragen, was haben unsere Nationalisten getan, um sie zu verhindern? Wir Nationalisten hatten wenigstens einen Plan. In der Erwartung, daß die steigende Zahl der Arbeitslosen die nationalsozialistische Propaganda begünstigen würde, hatten wir keinerlei gefordert, einmal, daß Frankreich Deutschland eine gleichzeitige proportionierte und kontrollierte Herabsetzung der Rüstungen vorschlägt, und zweitens, daß Frankreich einen praktischen, genauen Plan für eine wirtschaftliche Zusammenarbeit vorlegt. Wenn man uns wenigstens im zweiten Punkt Gehör und den Gedanken einer wirtschaftlichen Zusammenarbeit angenommen hätte, würden die Völker den einzigen Weg, der zur Lösung der Krise führen könnte, beschreiten können.

Es werden wir zustimmen, wenn ich in dieser Zeitungsartikel eines der gefährlichsten Angriffsmitte gegen den bestehenden Staat (siehe Reichstag, die hier in das Staatsgesetz gefügt werden werden, können von unabweisbaren Folgen sein. Die Kommunisten Partei ist es auch, wie, aus zahlreichen Zeugnissen belegt werden kann, ganz klar darüber, daß die Verfassungsartikel in den zur Verwirklichung des Staates dienenden Organen die wesentliche Voraussetzung für das Gelingen eines Umsturz ist. Sie können uns nicht damit zufrieden geben, daß die jetzt solche Verordnungen erlassen — von welchen sie bedeutende Maßnahmen abgelehnt — an dem letzten Willen des Reichspräsidenten und Politik abgelehnt sind. Unsere Aufgabe muß es sein, solche Verordnungen nach Möglichkeit von vornherein zu verhindern. Ich habe kürzlich bei dem Herrn Reichspräsidenten Minister des Innern angesprochen, der kommunistischen Verordnungen durch zentrale politische Maßnahmen entgegenwirken und ich bitte die Herren, sich auch hierzu zu äußern.“

Lebhafte Debatte

In die einleitende Rede Groeners hat sich eine lebhafte Diskussion anschließen, die sich nach mehreren Stunden hinziehen sollte. Sie drehte sich besonders um die von Groeners hervorgehobenen Themen einer allgemeinen Demokratisierungsverordnung, um die Abwehr von Terrorakten und die Maßnahmen gegen die Verfassungsarbeit der Kommunisten in Reichswehr und Polizei. Da der Reichsminister selbst auf diesem Gebiet von ihm und bestimmte Anregungen gegeben hat, so hängt das Ergebnis ganz von dem Ausgang dieser Debatte ab.

Verständigung zwischen Grandi und Borah

Meldung des Weißbüros
— Washington, 17. Nov.

Im Verlauf einer Unterredung, die zwischen Grandi und Borah stattfand, hat der italienische Minister des Innern und Senator Borah zu einer vollen Verständigung über die Fragen der internationalen Politik gelangt. Grandi Stellungnahme zu Gunsten einer Revision des Berliner Vertrags und einer Annullierung der Reparationen und Kriegsschulden bildete die gemeinsame Grundlage für den Gedankenaustrausch.

Rückzug des Generals Matschongischens

— Rom, 17. Nov. Nach einer Reitermeldung aus Tokio hat der chinesische General Matschongischens begonnen, seine Truppen vom Anabai zurückzuführen, nachdem er alle Bedingungen von Japan angenommen hat.

Schulden, Abrüstung, Sicherheit

Von Staatssekretär Dr. Frhr. v. Rheinbaben

In der Hochimmung der Völkerbundversammlung vom September 1931, als das berühmte Genfer Protokoll fertiggestellt war, schmiedete der damalige französische Ministerpräsident Germaine die große Trias über die Verankerung dieses in die internationale Öffentlichkeit: Schiedsgerichtsbarkeit, Sicherheit, Abrüstung! In unangenehm überraschenden und Formulierungen hat diese Trias (seitdem die Atmosphäre der Genfer Welt beherrscht, aber besonders hat sich sehr bald herausgestellt, daß jeder normale gesunde Student des Völkerrechts nach wenigen Monaten des Studiums ohne Schwierigkeit in der Lage ist, diese drei Begriffe in der ungeschicklichen Terminologie von Genf so durcheinander zu wirbeln, daß je nach Bedarf praktisch — nichts vorauskommt noch heute steht dem Verlangen Frankreichs und seiner Freunde nach vermehrter Sicherheit vor jeder Herabsetzung der Rüstungen (heut nennt man das vielfach „Organisation des Friedens“) die von Deutschland, den Angehörigen und Italien vertretene These entgegen, daß eben gerade eine energische Verabsicherung der Welt durch die Sicherheit der Völker automatisch vermehrt würde. In dieser Unklarheit oder besser Gegenüberstellung, die seit vielen Jahren die internationale Erörterung durchzieht, bereitet sich die Welt nun auf die große internationale Abrüstungskonferenz des kommenden Jahres vor.

Wichtig und maßgebend von größtem Einfluß auf die praktische Gestaltung der Dinge hat jetzt in den letzten Wahlen (so erfolgreiche englische Ministerpräsidenten) seinetwegen eine neue Trias in seiner Weltallrede geäußert: „Das wirtschaftliche Chaos Europas kann nicht ohne Regelung der Reparationen und Kriegsschulden überwunden werden; die Vereinten Staaten müssen zum Ausdruck gebracht, daß diese Fragen einen unmittelbaren Einfluß auf die Abrüstung haben und die französische Regierung macht geltend, daß diese wieder von der Sicherheit abhängen; das Problem der Sicherheit aber wirkt weiterhin die Frage der Aufrechterhaltung des Status quo in Europa an.“ Diese Sätze sind das Wichtigste, Wahrheit und Klarheit, was von einem unmittelbaren beteiligten leitenden Staatsmann bisher über die Verbundenheit der vor und liegenden Aufgaben über weltweite Probleme gesagt worden ist. Zum Unterschied zu mancher früheren Versicherung englischer Staatsmänner in der Nachkriegszeit handelt es sich diesmal wohl kaum nur um eine freundliche Geste, um Stimmungsmache oder um eine bloße Redner-Formulierung. Nach Macdonalds Ansicht geht es diesmal um das Ganze und die zum Beweise des Gegenteils können wir berechtigterweise annehmen, daß auch die Konferenz mehr als während der entscheidenden Politik-Gesamtsitzung dafür eintriften werden, daß der „Golf von England“ sein Gewicht in die Waagschale der kommenden internationalen Auseinandersetzungen werfen wird. Die Materie in der Mitte und der Gang des Phänomens werden doch wohl sehr ernst Angelegenheiten dafür, warum es sich letzten Endes nicht auch für England dreht!

Fassen wir von unserem deutschen Standpunkt aus nun kurz die neue Trias, Augenblicklich wird in schwerigsten Auseinandersetzungen irgendwie und irgendwo wohl eine neue „Kommunisten“ geboren werden, die die deutsche Finanzlage sowohl nach der Richtung der schärferen werden Milliarden langfristiger Kredite als dem Verlauf des Vermögens unterliegen soll. Schon am 4. Mai d. J. hat der amerikanische Präsident Hoover gesagt: „Von all den Vorschlägen für den wirtschaftlichen Wiederaufbau der Welt kann ich keinen, der an Wichtigkeit und Bedeutung mit einem erfolgreichen Ergebnis der Abrüstungskonferenz verglichen werden kann“. Wenn er während des Besuchs des französischen Ministerpräsidenten in Amerika es für richtig gehalten hat, diese seine grundsätzliche Überzeugung nach außen hin nicht zum Ausdruck zu bringen, so kann man wohl auch dem ganzen Verlauf der Zusammenkunft den Schluß ziehen, daß er den damaligen Zeitpunkt dafür nicht für geeignet hielt. Er mußte zunächst die eigenen Vorschläge für ein Einseitigen Amerikas in eine „Organisation des Friedens“ nach französischen Wünschen zurückziehen, für die Stellung der amerikanischen Weltöffentlichkeit eintriften und die Haltung des Kongresses im Dezember abwarten.

Alles aber spricht dafür, daß die amerikanische Politik sich vorbehalt, ihren großen Traum, ihren härtesten Druck als finanzielle Weltüberlegenheit erst während der Abrüstungskonferenz auszuspielen. Wenn das aber so ist, dann werden wir bis zum Beginn der Abrüstungskonferenz wohl neue Entwürfe und Unterhandlungen über Deutschlands finanzielle Lage verzeichnen, aber kaum vor

werden. Und diesem Dilemma gibt es keinen Ausweg, weder für Hessen noch für Deutschland in seiner Gesamtheit.

„La République“ erklärt, und zwar als bisher einziges Blatt, wir haben unseren Nationalisten voranzugehen, daß eine neue Hysterie in Deutschland eintrifft würde. Wir müssen aber fragen, was haben unsere Nationalisten getan, um sie zu verhindern? Wir Nationalisten hatten wenigstens einen Plan. In der Erwartung, daß die steigende Zahl der Arbeitslosen die nationalsozialistische Propaganda begünstigen würde, hatten wir keinerlei gefordert, einmal, daß Frankreich Deutschland eine gleichzeitige proportionierte und kontrollierte Herabsetzung der Rüstungen vorschlägt, und zweitens, daß Frankreich einen praktischen, genauen Plan für eine wirtschaftliche Zusammenarbeit vorlegt. Wenn man uns wenigstens im zweiten Punkt Gehör und den Gedanken einer wirtschaftlichen Zusammenarbeit angenommen hätte, würden die Völker den einzigen Weg, der zur Lösung der Krise führen könnte, beschreiten können.

Es werden wir zustimmen, wenn ich in dieser Zeitungsartikel eines der gefährlichsten Angriffsmitte gegen den bestehenden Staat (siehe Reichstag, die hier in das Staatsgesetz gefügt werden werden, können von unabweisbaren Folgen sein. Die Kommunisten Partei ist es auch, wie, aus zahlreichen Zeugnissen belegt werden kann, ganz klar darüber, daß die Verfassungsartikel in den zur Verwirklichung des Staates dienenden Organen die wesentliche Voraussetzung für das Gelingen eines Umsturz ist. Sie können uns nicht damit zufrieden geben, daß die jetzt solche Verordnungen erlassen — von welchen sie bedeutende Maßnahmen abgelehnt — an dem letzten Willen des Reichspräsidenten und Politik abgelehnt sind. Unsere Aufgabe muß es sein, solche Verordnungen nach Möglichkeit von vornherein zu verhindern. Ich habe kürzlich bei dem Herrn Reichspräsidenten Minister des Innern angesprochen, der kommunistischen Verordnungen durch zentrale politische Maßnahmen entgegenwirken und ich bitte die Herren, sich auch hierzu zu äußern.“

Jener endgültigen Entscheidung haben, die der englische Ministerpräsident...

Oder anders herum: Ist es vorstellbar, daß etwa in den ersten Monaten 1932 irgendeine erträgliche Abmilderung über die großen Finanzfragen...

Viele Fragen aufwerfen, heißt sie vernünftig! Es ist in der Tat so, daß alles praktisch nutzbar zusammenhängt...

Vorausätzlich Ende 1931 Beginn der Arbeiten eines internationalen Ausschusses über die in Deutschland billigen Kredite...

Vorausätzlich Anfang 1932 internationale Konferenz der Regierungen...

1. Februar 1932 Beginn der Abrechnungskonferenz.

April 1932 Ende der Amtsperiode des Reichspräsidenten Hindenburg.

Frühjahr 1932 Präsidentschaftswahl mit starker Wirkung auf die Reichspolitik.

Mai 1932 französische Kammerwahlen, deren Ergebnis schon heute auf der Einklemmung französischer Minister, Politiker, Zeitungen usw. liegen.

Anfang November 1932 Neuwahl des amerikanischen Präsidenten.

Diese Zeittafel ergibt in Verbindung mit Weltkarte, Weltwirtschaft und Weltpolitik und nicht zuletzt mit dem heutigen zeitigen und materiellen Zustand unserer deutschen Völker die volle Berechtigung für die Behauptung, daß das Jahr 1932 ein Schicksalsjahr erster Ordnung werden wird!

Besorgende Verschärfung der Außenhandelskontrolle

Berlin, 17. Nov. Eine Verschärfung der Außenhandelskontrolle zwecks vollkommener Erfassung der Devisenbewirtschaftung...

50 Jahre Sozialgesetzgebung

Mit der Verkündung der Kaiserlichen Verordnungen am 17. November 1881 begann das Zeitalter der sozialen Gesetzgebung in Deutschland. Der Gesetzgeber, in dem der Staat den Dingen freien Lauf ließ, war damit abgeschlossen...

Merkmalen ergründen. Der sozialistische Arbeiter jedoch betrachtete die sozialen Gesetze Bismarcks als Wohltaten, die nach seiner Ansicht vom Staate aus Mitleid erlassen wurden...

Es kam ihm sehr gelegen, daß er gerade auf den Kreisen deutscher Industrieller praktische Vorläufer erhielt, mit denen er an eine praktische Bekämpfung des Sozialismus heranzutreten konnte...

Wir haben unsere Überzeugung schon ausgesprochen, daß die Beseitigung der sozialen Schäden nicht ausschließlich im Wege der Repression...

Trotz war die Grundlage, auf der Bismarck die soziale Gesetzgebung errichten wollte. Sie ist im Laufe der Jahre und Jahrzehnte wesentlich abgeändert worden. Gleichwohl bleibt die Reichstagsgesetzgebung vom 17. November demnach und bedeutsam, da in ihr zum ersten Male der Grundgedanke der sozialen staatlichen Fürsorge aufgestellt wurde...

Während der Bismarckschen Sozialgesetzgebung und den Fortschritten des Sozialismus bestand von vornherein ein grundsätzlicher Unterschied. Bismarcks Sozialpolitik war gewissermaßen eine Ergänzung des Sozialismus...

Die ersten Originalbilder vom Kampf um den Nonnifluß



Oben links: Kaiser Wilhelm II., der letzte deutsche Herrscher, der unter dem Schutze der Japaner in der Mandchurien im Exil angetroffen wurde. Oben rechts: Die Österreichische Armee über den Nonnifluß, am 10. April 1849. Unten links: Soldaten der japanischen Expeditionskorps an einer Strandbahn von Wafuku. Unten rechts: Gefangene österreichische Soldaten bei Triffling von den Japanern abtransportiert.

Der Historiker Prof. Erich Marcks

In seinem 70. Geburtstag am 17. Nov.

Eine ganze Generation von Historikern ist aus dem Leben ausgeschieden hervorgegangen. Wägen Sie nicht alle persönlich ihm zu haben gelebt haben - wie Schüler, ja, seine Jünger waren sie doch...

Es ist das Interesse für Zeitgeschichte, und da war es vor allem die Wesenheit des Fürsten Erich Marcks, die auf den jungen Geschichtswissenschaftler entscheidend einwirkte.

Als ihn die Universität Freiburg 1881 berief, beehrte er die Hochschulen noch zu einer Zeit nach Hamburg und Heidelberg, um den Fürsten Bismarck zu sehen. Dieser handelte damals im Mittelpunkt allgemeiner Verehrung, nachdem ihm seine Stellung genommen worden war und nun aus allen



Prof. Erich Marcks, der berühmte Bismarckforscher der Berliner Universität, feiert heute seinen 70. Geburtstag.

deutschen Weisen die Verehrer beständigsten, dem großen Mann im Schicksal zu huldigen. Nun kam Marcks nicht in der Menge der vielen, sondern als „einer“, als namhafter Verehrer, der Bismarcks Rufem dem herausragenden Geschichtswissenschaftler wollte.

Der Verlust dieser Unterredung ist in „Kaiser und Zeiten“ schmerzhaft worden und zeigt an den Randspalten schmerzlicher Momente an. Jede Erinnerung wird nicht ohne Schmerz ein Vorbild des Schicksals, des Dandys, des Mannes mit dem Bismarck-Bismarck, wie es sein Leben, sein Reden, sein Schreiben und sein Denken schafften konnten. Ueberhaupt sind die Bismarck ge-

widmeten Aufsätze in jenem Buche als persönliche Urkunden unendlich wertvoll und selten und zeigen uns den eifrigsten Kenner als Kritiker, als Sachverständiger, als Kritiker und Redner.

Dann aber kam die große Bismarck-Biographie, die zwar noch nicht ganz abgeschlossen ist, aber jetzt schon in den Standardwerken der gesamten Bismarckliteratur gehört. Mit Genugtuung wird hier den Studien, dem Reichshauptmann, dem General auf seinem fernen, aufstrebendem Wege, begleitet ihn auf den entscheidenden Fernwegen oder auf Kampfpfeilen der Liebe zu seiner Johanna von Puttkamer, die den Freiheitstrost ins Leben nimmt. Das ist wahrhaft „annalistische Geschichtswissenschaft“. In Hamburg wird dem Genius ein Buch geweiht. Der Freund Alfred Lichtnack erzählt ein Erlebnis aus Marcks Feder. Und jetzt legt der Publizist die Hand an eine wahrlich wichtige Aufgabe, vom Jahre 1867 bis 1871. Nur Bismarck konnte hier erwähnt werden. Der Publizist greift jetzt in der letzten Wille an der Reichstagsdebatte in Berlin, in langjähriger, weithin bekannter „Acta cum Digesta“, das er freilich durch längere Herleitung deset. Mögen wir es ihm noch viele Jahre gönnen und uns wünschen können. Das ist heute wohl der Wunsch aller seiner zahllosen Verehrer.

Besetzung des zweiten Reichstagesabends. Der für Donnerstag, dem 10. November vorgesehene zweite Reichstagesabend mit der 100jährigen, 100jährigen Wienerin Feld-Wilhelmine wurde auf Freitag, dem 11. November verlegt werden. Die Verlegung wurde notwendig durch die jetzt am gleichen Tage stattfindende Eröffnung der von Frencks „Athen des Ost“ im Nationaltheater. Diese Aufführung war ursprünglich für einen anderen Tag geplant. Ueber Velti-Wilhelmine schreibt das „Acta cum Digesta“: „Ihre Zeit war mehr als eine Senatszeit, es war ein Verstehen, das sich nur mit dem ersten Aufsteigen der Menschheit vergleichen ließ. Die genaue Einordnung ist so schwierig, daß wir einen mehrfachen Klassifizierungsversuch unternahm.“

Mannheimer Künstler auswärts. Nach mehreren erklärenden Konzerten wurde die junge Mannheimer Pianistin Eudora Keller eingeladen, in München zu konzertieren.

sozialen Wohlfahrtsfrage gelegt. Das Deutschland bis zum Jahre 1911 immer größer und florierender aufbaute und das in der Zeit nach dem Krise für die Anforde eines überhöhten Sozialismus noch als zu klein erweist. Darin drückt sich die große Wandlung aus, die die Sozialgesetzgebung seit ihren Anfängen vor fünfzig Jahren erfahren hat. In Sozialgesetzgebung dient heute nicht mehr, wie in Bismarcks Zeiten, der Aufrechterhaltung der staatlichen Autorität und der Stärkung der staatlichen Machtstellung. Die soziale Wohlfahrtsfrage ist vielmehr eine Frage der Existenz des Staates geworden und der Staatsgedanke erschöpft sich heute fast ausschließlich in der Ausübung sozialer Tätigkeit.

Streit um Piccards Gondel

Drabtheater unferes Berliner Büros

Die Gondel des Strafpolizisten Piccard, der von Prof. Piccard, die sich noch immer auf dem Gungler Güter in Tirol befindet, soll nach Brüssel gebracht und dort ausgestellt werden. Der Staatsanwalt wird von der Königsberger Hofkammer durchgeführt. Die Gemeinde Gungler erhebt jedoch, wie der BZ berichtet wird, gegen die Entfernung der Gondel Einspruch. Angeblich soll der leinere Prof. Piccard versprochen worden sein, daß die Gondel an Ort und Stelle bleiben würde, wo sie gegenwärtig den Hauptangestellten des Haupt für den Fremdenverkehr bildet.

Letzte Meldungen

230 Millionen Reichsbahnleihe

Berlin, 17. Nov. (Drabtheater unferes Berliner Büros) Die Reichsbahnleihe hat nach dem heutigen Stand einen Betrag von 230 Millionen erreicht.

Berentungen eines Oberpostsekretärs

Düsseldorf, 17. Nov. Wegen Unterschlagung wurde hier der Oberpostsekretär Bindele in Untersuchung. Bindele hatte sich verhalten, indem er Gelder an sich zu bringen. Es dürfte sich um einen Gesamtbetrag von etwa 10 000 Mark handeln. Er steht außerdem unter dem Verdacht, Markenpapiere veräußert zu haben; die veruntreuten Beträge will er zum Teil verwertet haben.

Ergebnislose Lohnverhandlungen im Ruhrbergbau

Essen, 17. Nov. In den heutigen Lohnverhandlungen zwischen Gewerkschaft und den Bergarbeiterverbänden, in denen der Lohnverband eine 10proz. Kürzung der Löhne forderte, wurde eine Einigung nicht erzielt. Die Schlichtungsverhandlungen haben voraussichtlich am 28. November statt.

Berfassungs- und Umzugsverbot in Kassel

Kassel, 17. Nov. Die anhaltische Regierung hat alle Versammlungen und Umzüge unter freiem Himmel verboten. Ausgenommen sind unpolitische Versammlungen dieser Art. Die aber der Genehmigung der Regierung unterliegen.

Kommunistische Diebstahlsbande festgenommen

Schneidemühl, 15. Nov. Der Vollzug ist abgeschlossen, die in letzter Zeit in Ostpreußen verübten zahlreichen Diebstahls anfallt. Es sind elf Personen heute festgenommen worden. Die einzelnen, die sich zur Begehung von Diebstählen verbunden zu haben. Es handelt sich bei den Festgenommenen um Mitglieder des Kampfkomitees der K. P. D., dessen Leiter und Organisations, ein kommunistischer Stadtrat und ein Arbeiter, gleichfalls an den Diebstahlsbanden beteiligt war.

Die Festgenommenen geben an, daß sie bereits einen festen Plan hatten, bei dem in der nächsten Zeit weitere Einbrüche verübt werden sollten.

Das Nationaltheater teilt mit: Ernst Krenzel wird an dem im Opernhaus am Donnerstag vom Nationaltheater gemeinschaftlich mit der Gesellschaft für neue Musik, Ortsgruppe Mannheim, veranstalteten Einführungskonzert zu Ehren des Orest einen Vortrag halten, in dem er ausgehend von seiner eigenen Entwicklung als Musiker auf gegenwärtigen Wege des musikalischen Schaffens Stellung nehmen wird. Karten für diesen Abend sind im Vorverkauf in den Musikalienhandlungen und an der Theaterkasse erhältlich. Im Musikhaus Ludwigsplatz wird am Mittwoch am Donnerstag die Komödie „Rosa“ von Franz Grillparzer. Das Publikum „Jugendliche“ von Comrad, das in der Musikalienhandlungen in Mannheim ist außerordentliches Interesse hat, wird in der kommenden Woche und zwar am Donnerstag, dem 20. und Freitag, dem 21. November jeweils abends 8 Uhr im Musikhaus gegeben werden, um auch dem Abendpublikum Gelegenheit zu seinem Besuch zu geben.

Drei von Offen, eine belandete Tänzerin, trat erstmals am kommenden Mittwoch, abends 8 Uhr im großen Saale des Rospinghales in U. J. 18. Nach ihrem vor Jahren erfolgten ersten Auftreten verließ sie für mehrere Jahre das Abendland, um in Wien, auf Java und Bali, die Kunst des Offens zu lernen und zu studieren. Man darf diesem Tanzabend mit hohen Erwartungen entgegensehen.

Professor Keller spricht in der Volkshochschule. Am Mittwoch, den 18. November, 20 Uhr im Musikhaus der Hofgartenstraße spricht Reichsanwalt Professor Dr. Carl Keller, Professor der Rechte an der Universität Heidelberg und an der Juristischen Hochschule Mannheim, Mitglied der künftigen Deputation des deutschen Juristentags, dessen geschäftsbereichliche Vorarbeiten wesentlich aus Erkenntnis und Behandlung des Wirtschaftsrechtes beizutragen haben. Über die rechtliche Organisation der Wirtschaft.

Donnerstagsabend im Schloßgarten. Am vergangenen Sonntag wurde die Aufführung „Deutsch Dichter als Walter und Zehner“ gefolgt. Das nächste Schloßgartenkonzert hat an diesem Tag bei freiem Eintritt eine Besetzung von 200 Personen zu verzeichnen.

Eine Compagnie Soldaten in der Hölle von Verdun / Von Alfred Hein

Da war wieder die Stille. Durch die offene Bodenplatte...

ruhig und bereit. Langsam legte die Pappschiffen an...

beered Band und zwei Dörfer weitgehend ausgebrannt...

Monimoby erschien. Die kleine Truppscheife auf den Dügel...

Spielwaren advertisement for Schmöller, featuring a list of toys and games with prices.

Verkäufe advertisement for Schrank-Grammophon, listing various musical instruments and their prices.

Advertisement for 4711 Eau de Cologne, featuring an illustration of a woman and a bottle of the product.

Tafel-Silber-Bestecke advertisement for Schmöller, listing silverware sets.

Heirat advertisement for a woman named Frau Konrad.

BADENIA C 4, 10 advertisement for a wine brand, including contact information.

